

Herrn Ministerpräsident
Winfried Kretschmann MdL
Staatsministerium Baden-Württemberg
Richard-Wagner-Straße 15
70184 Stuttgart

Einrichtungsbezogene Impfpflicht = rote Linie überschritten!

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident,

ab 16. März 2022 gilt in Deutschland in medizinischen und pflegerischen Einrichtungen eine Impfpflicht im Rahmen des Infektionsschutzgesetzes (IfsG). § 20a des IfsG sieht vor, dass Mitarbeitende in einer Gesundheitseinrichtung bis zum Ablauf des 15. März 2022 einen Nachweis vorzulegen haben, ob sie einen aktuellen Impfschutz gegen COVID-19 haben, genesen im Sinne des RKI sind, oder aus nachweislichen medizinischen Gründen nicht geimpft werden können.

Als Mitarbeitende der regionalen Unikliniken, Kreiskrankenhäuser, Arztpraxen und Pflegeeinrichtungen sowie Sozialstationen in Baden-Württemberg betrifft uns dieser Beschluss unmittelbar; aus diesem Grund wenden wir uns in diesem Brief an Sie.

Durch die Ökonomisierung im Gesundheitssystem, durch die Einführung von Fallpauschalen und die Schließung von Krankenhäusern hat sich in den letzten Jahren unsere Arbeitssituation extrem verschlechtert. Hinzu kommen die Herausforderungen der Pandemie, auf die wir aufgrund dieser Tatsachen personell und strukturell nicht vorbereitet waren.

Selbst in den letzten zwei Jahren der Pandemie hat sich an diesem Zustand nichts geändert, sondern eher verschärft. Die Personalbemessungsgrenzen wurden ausgesetzt, während Milliarden Euro in die Entwicklung und den Bezug von Impfstoffen geflossen sind. Kliniken wurden geschlossen und zwischendurch wurde das Gesundheitspersonal mit „Klatschen“ für ihren Corona-Einsatz belohnt. Insbesondere die letzten zwei Jahre waren für uns alle sehr belastend: die Arbeit war und ist geprägt von Überstunden, Unterbezahlung, Problemen bei der Beschaffung von Schutzausrüstung und einem hohen Durchlauf von Patienten. In den Hochphasen der Pandemie durften wir sogar infiziert ohne Symptome im Vollschutz weiterarbeiten.

Wir haben diese Herausforderung angenommen und dazu beigetragen, dass viele Patienten wieder gesund wurden, andere Menschen hingegen haben wir bis in den Tod begleitet und sterben sehen. Die Angehörigen haben wir ebenfalls versucht, am Telefon aufzufangen und zu trösten, wenn sie ihre Angehörigen nicht besuchen durften und - noch viel schlimmer - sie sich nicht von ihnen verabschieden konnten.

Diese außerordentlichen Belastungen waren physisch wie psychisch enorm kräftezehrend. Einige Mitarbeitende sind dadurch endgültig ausgebrannt, einige reduzieren ihren Arbeitsumfang oder wenden sich ganz vom Gesundheitssystem ab.

Wir gehörten zu den Ersten, die sich impfen lassen sollten. Was vielleicht gut gemeint war, löste jedoch auch viel Unmut und Skepsis aus, da wir wie keine andere Berufsgruppe täglich die Verläufe der einzelnen Patienten sehen, die aktuellsten medizinische Fachinformationen haben und die tatsächliche Datenlagen kennen. Die Hoffnungen und Erwartungen an die Impfung haben sich leider nicht erfüllt. So wissen wir, dass wir durch eine Covid-19-Impfung nie eine sterile Immunität erreichen werden und es auch unter Geimpften gehäuft zu Ansteckungen kommt. Auch beobachten wir schwere Verläufe von COVID-19 bei Geimpften und geboosterten Patienten. Dazu sind die Impfstoffe nur bedingt zugelassen und bergen Risiken und Nebenwirkungen, wie z. B. Myocarditis oder Pericarditis, die nun vermehrt an jungen Patienten auftreten und stationär behandelt werden müssen.

Wir stehen immer ganz vorne und tragen das gesamte Risiko der Pandemie mit und nun gibt es darüber hinaus eine Impfpflicht. Ist das der richtige Weg? Oder wäre es nicht sinnvoller, Menschen die Entscheidung zum Impfschutz selber zu überlassen, gezielt Risikopatienten zu schützen, deren Immunität zu stärken, mehr Personal zu rekrutieren, um damit die Intensivstationen wirklich zu entlasten und die Arbeit in der Pflege wieder attraktiver zu machen?

Die Impfpflicht im Gesundheitssystem markiert unsere rote Linie. Hier können viele von uns nicht mehr mitgehen.

Wir fordern deshalb:

- **keine Impfpflicht im Gesundheitssektor**
- mehr Fachkräfte im Gesundheitswesen
- Prämien und angemessene Gehälter für alle Mitarbeitende im Gesundheitswesen, nicht ausschließlich für Intensivpersonal, denn jeder im Gesundheitssektor ist wichtig
- Anerkennung von Antikörperspiegeln und T-Helfer-Zellen als gängigen medizinischen Standard
- eine transparente und differenzierte Datenerhebung (z.B. über die Schwere der Infektion nach Vorerkrankungen, Altersgruppen, Risikofaktoren sowie Impfnebenwirkungen)

Sollte die Impfpflicht wie angekündigt umgesetzt werden, verlassen viele der hier Unterzeichnenden ihren Beruf. Manche für immer und manche hoffen, dass in der Zukunft die Bedingungen wieder mit unserem Recht auf körperliche Selbstbestimmung vereinbar sind.

Wir, als systemrelevante Berufsgruppe, fordern Sie deshalb auf, den Druck auf das betroffene Personal zu reduzieren, die Impfpflicht umgehend zu stoppen, um weiterhin allen Bürgern und Bürgerinnen in Baden-Württemberg ein gutes und vor allem funktionsfähiges Gesundheitssystem anbieten zu können.

Es grüßen Sie über 2000 Mitarbeitende aus den Unikliniken Freiburg, Tübingen, Heidelberg, Ulm, der Filderklinik Bonlanden und viele mehr, denen das gesundheitliche Wohl ihrer Patienten aber auch ihre eigene Gesundheit am Herzen liegt.

